

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer
Agrarpolitischer Dialog

Ausgabe 11/2017

Beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung

AKTUELLE AGRARGESETZGEBUNG in der Ukraine

Inhalt

Gesetzentwürfe, die im Oktober 2017 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

- Erweiterung von Befugnissen der Gemeinden
- Einführung minimaler Einkaufspreise für Milch
- Abschaffung von Präferenzen bei der Bodensteuer
- Staatliche Kontrolle für gentechnisch veränderte Produkte
- Erhöhung der Grundsteuer
- Kontrolle der Änderung der Nutzungsart von Forstflächen
- Optimierung der Forstgesetzgebung
- Präzisierung von Normen der Erbpacht und des Erbbaurechtes

Mit Unterstützung von



Reytarska Str. 8/5 A, 01030 Kiew
info@apd-ukraine.de
www.apd-ukraine.de

Gesetzentwürfe, die im Oktober 2017 in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurden

Erweiterung von Befugnissen der Gemeinden

Gesetzentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die Verwaltung von Landressourcen innerhalb der vereinigten Territorialgemeinden und Regelung anderer Fragen mit Bezug zu Bodenverhältnissen“ Nr. 7118-1 vom 04.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.I. Kulinitsh, W.W. Luntschenko u.a. (Parteien „Widrodshennja“, „Narodnyj Front“, „Block Petro Poroschenko“, „Radikale Partei Oleh Ljaschko“, „Samopomitsch“)).

Der Gesetzentwurf stellt eine Alternative zum Gesetzentwurf Nr. 7118 vom 18.09.2017 dar und sieht die Übertragung der Befugnisse über die Verwaltung von staatlichen Grundstücken außerhalb von Ortschaften (außer Grundstücken mit staatlicher Bedeutung - Verteidigungszwecke, Naturschutz etc.) an Stadt-, Siedlungs- und Dorfräte von VTGs vor.

Einführung minimaler Einkaufspreise für Milch

Gesetzentwurf „Über die Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die staatliche Regelung der Einkaufspreise für Frischmilch“ Nr. 7171 vom 05.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von P.W. Dsjublyk, W.W. Krywenko u.a. (Parteien „Narodnyj Front“, „Batkyschtschyna“, „Block Petro Poroschenko“)).

Der Gesetzentwurf beauftragt das Ministerkabinett der Ukraine die Einführung von minimalen Einkaufspreisen für Frischmilch auf dem Niveau der Rentabilität der Milchproduktion. Die Festlegung von Einkaufspreisen soll vierteljährlich erfolgen und für alle Milchproduzenten (private, natürliche Personen) gleich sein.

Abschaffung von Präferenzen bei der Grundsteuer

Gesetzentwurf „Über die Änderungen des Steuerkodexes der Ukraine (über die Abschaffung von Präferenzen bei der Bodensteuer für natürliche Personen)“ Nr. 7184 vom 06.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.S. Barna (Partei „Block Petro Poroschenko“)).

Zur Erhöhung von lokalen Budgetzahlungen, werden die Präferenzen bei der Grundsteuer für natürliche Personen aufgehoben.

Staatliche Kontrolle für gentechnisch veränderte Produkte

Gesetzentwurf „Über die staatliche Kontrolle über gentechnisch veränderte Produkte in der Land- und Lebensmittelwirtschaft“ Nr. 7186 vom 06.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von M.W. Ljuschnjak, A.B. Kit u.a. (Parteien „Block Petro Poroschenko“, „Widrodshennja“, „Narodnyj Front“, „Samopomitsch“, fraktionslos)).

Der Gesetzentwurf soll den Anforderungen einzelner Bestimmungen des EU-Assoziierungsabkommens entsprechen. Das Dokument regelt die staatliche Kontrolle bei:

- Prüfungen von GVO´s vor der Registrierung;
- staatlicher Registrierung von GVO´s;
- Inverkehrbringen von GVO´s und GV-Produkten, inkl. Anbau, Verarbeitung und Verwendung als Lebens- und Futtermittel.

Darüber hinaus wird eine administrative und strafrechtliche Haftung bei Verstößen verhängt.

Erhöhung der Grundsteuer

Gesetzentwurf „Über die Änderungen des Steuerkodexes der Ukraine (über den Bodensteuersatz)“ Nr. 7223 vom 20.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von O.S. Barna, O.W. Dekhtjartschuk (Partei „Block Petro Poroschenko“)).

Zur Erhöhung von lokalen Budgetzahlungen, wird vorgeschlagen:

- die Einführung eines einheitlichen Grundsteuersatzes für landwirtschaftliche Flächen, mit nominaler Geldbewertung (NGB), in Höhe von 1% der NGB (bisher von 0,3% bis 1% der NGB);
- die Einführung eines minimalen Grundsteuersatzes für landwirtschaftliche Flächen, welche dauerhaft genutzt werden (außer staatlichen und kommunalen Eigentums), im Bereich von 1% bis 12% der NGB (bisher keine minimale Grenze definiert, max. 12%).

Kontrolle der Änderung der Nutzungsart von Forstflächen

Gesetzentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über zusätzliche Garantien des Waldschutzes“ Nr. 7229 vom 23.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von I.S. Lutsenko, I.W. Heraschenko u.a. (Parteien „Block Petro Poroschenko“, „Radikale Partei Oleh Ljaschko“, fraktionslos)).

Der Gesetzentwurf sieht eine Änderung der Nutzungsart von staatlichen und kommunalen Waldflächen nur bei vorhergehender Abstimmung mit dem Ministerkabinet der Ukraine vor. Im Falle einer Änderung der Nutzungsart, sollen zunächst Flächen mit Sträuchern und geringwertigem Bestand betroffen sein.

Optimierung der Forstgesetzgebung

Gesetzentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die rechtliche Regulierung der Waldnutzung“ Nr. 7235 vom 24.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von J.W. Bubyk (fraktionslos)).

Mit dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen:

- die Nutzungs-Steuerbefreiung für Flächen, die forstwirtschaftlich erschlossen werden,
- der Ausschluss von Ausländern, Staatenlosen, ausländischen juristischen Personen beim Kauf und Besitz von Waldflächen.

Präzisierung von Normen der Erbpacht und des Erbbaurechtes

Gesetzentwurf „Über Änderungen einiger Gesetze der Ukraine über die Verbesserung der rechtlichen Regulierung von Emphytheusis (Erbpacht) und Superficio (Erbbaurecht)“ Nr. 7236 vom 24.10.2017, zur Beratung in der Werchowna Rada eingereicht (eingetragen von J.W. Bubyk (fraktionslos)).

Für die Verbesserung der rechtlichen Regulierung von Emphytheusis (Erbpacht) und Superficio (Erbbaurecht) wird vorgeschlagen:

- die Benutzung der Begriffe „Emphiteut“ und „Superficiariy“, anstelle des Begriffs „Landnutzer“ in den jeweiligen Abschnitten der Bürger- und Bodengesetzbücher der Ukraine zu verwenden;

- das Recht von „Emphiteut“ und „Superficiariy“, eine entsprechende Herabsetzung der Gebühr zu verlangen, wenn sich der Zustand des zur Nutzung überlassenen Grundstücks durch „Emphiteut“ und „Superficiariy“ nicht verschlechtert hat, etc.

Autoren, Redaktion und Kontakt:

Mariya Yaroshko, Syman Jurk

Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)

Reytarska 8/5 A, 01030 Kiew

Tel. +38044/ 2356327

Info@apd-ukraine.de

www.apd-ukraine.de

Die Serie „Aktuelle Agrargesetzgebung in der Ukraine“ gibt einen Überblick über Gesetze und Gesetzentwürfe der Werchowna Rada <http://portal.rada.gov.ua/>, die von Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Agrarsektors (insbesondere Landwirtschaft und Ernährungsindustrie) sind.

Diesbezügliche Informationen können nicht als eine Rechtsberatung betrachtet werden.

Die Artikel werden folgendermaßen unterteilt:

- „Gesetze und andere Rechtsakte, die im analysierten Zeitraum verabschiedet wurden bzw. in Kraft getreten sind“: Gesetze, die in der Werchowna Rada verabschiedet und vom Präsidenten unterzeichnet wurden, einschließlich der Verordnungen des Ministerkabinetts, auch wenn die Gesetze evtl. erst zu einem späteren Zeitpunkt in Kraft treten.
- „Gesetzentwürfe von besonderer Bedeutung, die im analysierten Zeitraum weiter gesetzgeberisch bearbeitet wurden“: Gesetzentwürfe, die durch die Werchowna Rada in Lesungen gesetzgeberisch bearbeitet, aber nicht verabschiedet (d.h. im Normalfall an einen Ausschuss zur Bearbeitung übergeben) wurden.
- „Gesetzentwürfe, die in die Werchowna Rada im analysierten Zeitraum eingebracht wurden“: Gesetzentwürfe, die in der Werchowna Rada neu eingetragen und registriert wurden (bzw. danach ohne Lesung an einen Ausschuss übergeben wurden).